

Erfüllung ihr obliegender gesellschaftlicher Anforderungen kummerte und darauf Einfluß nahm.

Verbleiben nach Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Beweismittel noch Zweifel, ob ein Obhutsverhältnis bestand, ist zugunsten des Angeklagten zu entscheiden.

Die Auffassung des Bezirksgerichts, der Tatbestand des § 150 Abs. 1 StGB sei dadurch erfüllt, daß die Mutter dem Angeklagten zunächst ausdrücklich und später stillschweigend die Geschädigte anvertraut habe, indem sie ihn bat, das Mädchen zur Mülldeponie mitzunehmen, kann so nicht geteilt werden. Zutreffend ist zwar die vom Bezirksgericht gezogene Schlußfolgerung, daß der Geschlechtsverkehr bis zum 16. Lebensjahr des Mädchens außerhalb der Wohnung stattfand, und zwar wenn der Angeklagte mit dem Mädchen die Mülldeponie aufsuchte. Richtig ist auch, daß aus einer Absprache ein — auch zeitlich begrenztes — Obhutsverhältnis entstehen kann. Dies ist jedoch an bestimmte Voraussetzungen, z. B. an das Alter des Kindes, die Dauer des Aufenthalts bei dem Erwachsenen oder die Betreuungsbedürftigkeit gebunden und kann nicht unabhängig vom konkreten Fall entschieden werden. Bei einem Kleinkind oder Kranken wird das Tatbestandsmerkmal „in seiner Obhut steht“ eher erfüllt sein als bei einem verhältnismäßig selbständigen Jugendlichen. Andernfalls würde bereits jeder vom Erziehungsberechtigten veranlaßte kurzzeitige Besuch eines Minderjährigen oder eine nur kurze Begleitung unabhängig von der Dauer, der Art der Beziehung oder dem Alter ein Obhutsverhältnis begründen. Auch wenn es sich im vorliegenden Fall um eine debile Jugendliche handelte, war sie nach dem bisherigen Beweisergebnis, insbesondere auch hinsichtlich der Beziehungen zueinander, dem Angeklagten nicht anvertraut. Sie sollte lediglich mit ihm „mitgehen“, um ihre Freizeit zu verbringen, aber nicht, um beaufsichtigt zu werden. Falls keine anderen Feststellungen getroffen werden, bestehen insoweit begründete Zweifel am Vorliegen eines strafrechtlich relevanten Obhutsverhältnisses.

Für die Zeit des Beginns der Ehe des Angeklagten mit der Mutter der inzwischen 16jährigen Geschädigten haben beide Instanzen die strafrechtliche Verantwortlichkeit nach § 150 Abs. 2 StGB aus dieser Eheschließung und dem Zusammenleben hergeleitet. Beide Gerichte haben nicht erkannt, daß allein der Status „Stiefvater“ noch nicht ohne weiteres darauf schließen läßt, daß ein Obhutsverhältnis begründet wurde. Vielmehr sind an die Erfüllung des Tatbestands die gleichen Anforderungen zu stellen wie dies bereits zum Nachweis enger und fester häuslicher Bindungen für die Tatbestandserfüllung des § 150 Abs. 1 StGB dargelegt wurde. Es muß auch hier nachgewiesen werden, daß der Stiefvater innerhalb der Ehegemeinschaft Pflichten übernommen hat, die sich auf das körperliche und geistige Wohl des Mädchens beziehen und er sich damit seiner Obhutspflicht auch bewußt war. Dabei sind die gesamten Umstände des Zusammenlebens und die tatsächlichen Verhaltensweisen des Angeklagten innerhalb der Familie und zur Geschädigten festzustellen und zu bewerten, wobei es „nicht allein auf die ausdrückliche Bitte des Erziehungsberechtigten ankommt, daß andere Personen Erziehungs- bzw. Obhutspflichten wahrnehmen.“

Die nachzuholenden Beweiserhebungen hinsichtlich des § 150 Abs. 1 StGB gelten gleichzeitig für die Zeit nach der Eheschließung.

Sofern sich die Anklage in dem vom Bezirksgericht festgestellten Umfang bestätigt, sind die Straftaten als schwerwiegender Angriff auf die ungestörte Entwicklung und Erziehung der Geschädigten, insbesondere durch die mehrfache Begehung, die Ausnutzung ihrer moralischen Unreife infolge der vorliegenden Debilität und der erfolgten Schwangerschaft, zu beurteilen. Dennoch ist es bei Beachtung aller Umstände nicht gerechtfertigt, die Straftat des Angeklagten als Verbrechen zu bewerten. Damit entfällt die Anwendung des § 44 Abs. 2 StGB. Eine Verurteilung hätte nach § 44 Abs. 1 StGB erfolgen und zu einer niedrigeren als der erkannten Strafe führen müssen.

Im Falle einer Verurteilung ist die Auferlegung staatlicher Kontrollmaßnahmen gemäß § 48 StGB unter deliktsspezifischen Gesichtspunkten im vorliegenden Fall nicht erforderlich, da mit einer solchen Maßnahme den Ursachen solcher Straftaten nicht entgegen gewirkt werden kann.

СОДЕРЖАНИЕ

В. КРУТИЦШ — Актуальные проблемы борьбы за обеспечение мира и прекращение гонки вооружение	134
Х. ХАЙНТЦЕ — Конфликтным комиссиям — 30 лет	137
Х. ТИМЕ — Трудово-правовая ответственность и правовые обязанности одиночных руководителей	139
В. ХАРИНГ/Х. РАДЕК — Поддержка конфликтным комиссиям юри-консультами комбинатов и предприятий	142
Наше актуальное интервью с бывшим министром юстиции правительства Унидада популар и нынешним председателем бюро сАнтифашистская Чили» в ГДР, С. ИНЗУНЦА	144
Народное представительство и законность	
Д. ГЕТЕ — Общественные сотрудники поддерживают местные Советы при воспитание граждан, склоняющих к преступному поведению и освобожденных из местзаключения	146
Из других социалистических стран	
Я. ЛАЗАР — Гражданско-правовые формы удовлетворения жилищных потребностей граждан в ЧССР	147
Государство и право в империализме	
Б. ХЕЛШЕР/А. ДОСТ — Правосудие трибунала Европейского Сообщества — инструмент государственно-монополистической интеграции Западной Европы	149
Сообщения	
М. ЭДЛЕР/Х. ГОЛД — Политические системы в классовой борьбе	152
Правовая пропаганда и правовое воспитание	
К.-Х. КРИСТОФ — Суды и государственные нотариаты поддерживают правовую пропаганду в средствах массовой информации	154
На обуждение	
Д. ЛЕЦОЛД — Соображения по новому учебнику уголовного права ГДР	156
Ф. ЭНДЕРЛАЙН — О значении согласования срока ожидания для просроченных поставок в договоре купли/продажи	158
Опыт из практики	
Х. ПЕЦОЛД — Правовая работа в сфере ответственности хозяйственного Совета округа	159
З. ЮСТ — Действенная правовая пропаганда для квалификации предприятий к рассмотрению определений о наложении ареста	160
Д. ШЮМАНН — Ревизии — вклад в улучшение работы адвокатов	161
Г. КЕРНЕР — Причинная цель и прекращение причинной связи	162
Вопросы и ответы	
Общий прокурорский надзор за соблюдением законности	163
Правосудие по трудовому, гражданскому и уголовному праву	165
Übersetzung: Helga Müller, Berlin	

CONTENTS

Walter Kruttsch : Current problems of the struggle for safeguarding peace and stopping the arms race	134
Horst Heintze : 30 years of dispute commissions' existence	137
Hans Thiem : Managers' responsibility under labour law	139
Werner Harin g / Hartmut Rad eck : Assistance given to dispute commissions by legal counsellors of enterprises and combines	142
Our topical interview with Sergio I n s u n z a , former Minister of Justice of the United Popular government and acting president of the Office "Anti-fascist Chile"	144
People's representative bodies and legality	
Dorothea G o e t h e : Citizens in honorary capacity assist local council to educate persons inclined to commit crimes and those released from prison	146
From other socialist countries	
Jän L a z a r : Forms in which civil law in Czechoslovakia serves to satisfy the citizens' needs for housing	147
State and law in imperialism	
Bernd H o e l z e r / Axel D o s t : Jurisdiction of the European Court of Justice — an instrument of state monopoly integration of Western Europe	149
Reports	
Margret E d l e r / Heinz G o l d : Political systems in class struggle	152
Legal propaganda and legal education	
Karl-Heinz C h r i s t o p h : Courts and Public Notary Offices help to propagate knowledge the law in mass media	154
For discussion	
John L e k s c h a s : Thoughts on a new textbook of GDR criminal law	156
Fritz E n d e r l e i n : Why it is important to fix a waiting time for delayed deliveries in a purchase contract	158
Practical experiences	
Hermann P e t z o l d : Legal activities within the sphere of responsibility of the economic council of a county	159
Siegfried J u s t : Efficient legal propaganda with a view to better enable enterprises to deal with orders of attachment	160
Dietrich S c h u e m a n n : Reviews - a contribution to improve the advocates' work	161
Gerhard K ö r n e r : Chain of cause and effect and breaking off of causality	162
Questions and answers	164
General supervision of legality by the procurator	163
Jurisdiction in labour, civil and criminal matters	165
Übersetzung: Angela König, Berlin	

Das Urteil des Kreisgerichts und das des Bezirksgerichts waren deshalb in Übereinstimmung mit der Auffassung des Vertreters des Generalstaatsanwalts der DDR aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Kreisgericht zurückzuverweisen.